

Kommentare

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **60 (1980)**

Heft 9

PDF erstellt am: **28.06.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Kommentare

HELMUT SCHMIDTS «MODELL DEUTSCHLAND»

Vom Leben in Deutschland lässt sich in diesem Sommer der Ungewissheit nur wenig Interessantes berichten – solange man jedenfalls den gegenwärtigen Zustand und die sichtbaren Entwicklungen betrachtet. Es herrscht, fast aufdringlich spürbar, die drückende Luft von Normalität, Tüchtigkeit, Effizienz, eine unbehagliche Zufriedenheit und totale Langeweile. Die Bundesrepublik kann sich grosser wirtschaftlicher und politischer Erfolge rühmen: Geldwertstabilität, mässiger Arbeitslosigkeit, Wirtschaftswachstums, sozialer Sicherheit und eines – trotz vielfach gehässiger Angriffe im Umgang der Parteien – in anderen Ländern unbekanntem gesellschaftlichen Konsensus in den industrial labor relations. Auch die Bundesrepublik wird von Sorgen bedrückt, aber von der Art, die heute alle Welt, wenn auch in schlimmerem Grad hat. Z. B. saugt die Bürokratie immer mehr Kräfte in unproduktive Tätigkeiten ab; die wachsende Anmassung und Selbstgefälligkeit der Amtsträger erstickt Versuche demokratischer Mitwirkung, die in oft antietatistischen Bürgerinitiativen Ausdruck sucht; die Bereitschaft der Bürger wächst, sich durch eine soziale Wohlfahrt gewährende Verwaltung entmündigen zu lassen – nicht zuletzt durch die zunehmend als solche empfundene Manipulation, weniger der Meinungen als der wichtigeren Haltungen durch die Medien.

Am auffallendsten ist für jeden Beobachter, der aus einer gewissen Distanz (des Geistes oder bloss der Geographie) die Verhältnisse in der Bundesrepublik beurteilt, dass die Dimension Zukunft im Leben der Deutschen geschwunden zu sein scheint. Auf den Horizont des Morgen werden (Wunsch-)Bilder des Gestern projiziert. Schmidts Wahlspruch «Modell Deutschland» ist Adenauers Devise «keine Experimente» wert: An einem vorbildhaften Zustand hält fest, wer ihn geschaffen hat, ihm strebt nach, wer ihn entbehrt. Diese Einstellung ist weniger die Folge einer erfahrungsgesättigt-konservativen Gesinnung, die die Zukunft durch Festhalten am Bewährten gestalten will, sondern eher der Angst vor einem undurchdringlichen und unbewältigbar erscheinenden Morgen, z. B. vor der Konsumhybris. In den siebziger Jahren ist der Konsumwahn so heftig kritisiert worden, dass man sich, wenn gewiss nicht mit Nullwachstum so doch mit einem geringer steigenden Lebensstandard begnügen will. Dreissig Millionen Autos für sechzig Millionen Menschen mögen vorerst reichen.

Vorentwürfe, Utopien als Antriebe zu neuem Leben werden gefürchtet. Des revolutionären Aufbruchs ist man nach 68 überdrüssig. Über die «Illusionen des Fortschritts» lächeln, telegohorsam, schon die Lehrlinge. «Wehe, rief Zarathustra, es kommt

die Zeit, wo der Mensch keinen Stern mehr gebären wird . . . Was ist Liebe? Was ist Schöpfung? Was ist Sehnsucht? Was ist Stern? So fragt der letzte Mensch und blinzelt.» Das Jahr 2000, dem Jüngeren in Greifnähe, müsste zu wagemutigen Projekten reizen. Es ist aber so, als ob Orwells 1984-Vision die Zukunft versperrt. Millenarische Sehnsüchte und apokalyptische Ängste sind den Zeitgenossen jedoch fremd.

Kein Leitgedanke

Deutschland in den achtziger Jahren: kein Ziel ist gesetzt, kein Leitgedanke lässt die Bürger in unbekannte Räume denkerisch vorstossen, keine Idee greift über die Gegenwart hinaus, die Herzen höher schlagen lassend. Wiedervereinigung, Neuvereinigung – Cura Posterior, ein eingefrorenes Problem; wir begnügen uns mit «kleinen Schritten», mit möglichen Erleichterungen. Die einst revolutionäre Ostpolitik endet in Selbstbescheidung. Reformen à la Willy Brandts «mehr Demokratie wagen» sind vergessen. Die Zeit erlaubt nicht solchen politischen Luxus. Europa: Wirtschaftsunion, Währungsunion, politische Union? Zerronnene Träume. Es genügt die gut funktionierende, intergouvernementale EPZ. Das ideelle wie politische Innovationsreservoir scheint erschöpft.

Schon der Alltag zeigt auf Schritt und Tritt diese Philosophie Gellert'scher Genügsamkeit, des kleinen Glücks mit Eigenheim, womöglich Ferienhaus und Swimmingpool. Das Strassenbild verrät die vollkommene Gewöhnlichkeit. Keine Eleganz, aber

Solidität: sozialisierter Wohlstand. Keine Originalität, keine Exzentrizität, aber sozial konzessionierte Randgruppen mit Sonderstatus. Um Sektierer, Stadtstreicher, Drogensüchtige, Alkoholiker kümmert sich der Staat. Sie gelten zu lassen, hält man für demokratisch.

Auch die Jugend, von der im Generationsverständnis Neues, Revolutionäres, Himmelstürmerisches erwartet wird, ist zu einem «Stand» geworden, mit eigener Lebensart, besonderen Ansprüchen und sozial zugestandenen Privilegien. In der «peergroup» finden die Jugendlichen ihre Identität und werden zugleich in die Gesellschaft einbezogen, die sie aus Konvention ablehnen zu müssen glauben. Die schliessliche Absorption der älter werdenden Jugendlichen in die Gesellschaft der Erwachsenen vollzieht sich mühelos.

Welcher Stellenwert der gelegentlich pessimistisch resignativen, zuweilen weltflüchtigen Attitüde zukommt, in der sich Teile der deutschen Jugend gefallen, ist schwer abzuschätzen. Die negativen Stichworte, mit denen schon Sekundaner ihre Welterfahrung umreissen, lauten: Einsamkeit (trotz oder wegen vorverlegter, darum schwer zu bewältigender Intimbeziehungen); Angst (vor Umweltverschmutzung, Kernkraftgefährdung, Krieg); und als Folge davon Sinnlosigkeit (durch monokausale, deterministische, vulgärmarxistische oder freudianische Welterklärungen begründete Handlungsunwilligkeit oder -unfähigkeit).

Die von positiven Stimmungswerten innervierten Forderungen dagegen sind bestimmt durch die modische Trias: alternativ (so die Kost, das Wohnen, Energiequellen, Theater, Ga-

lerien); kreativ (insbesondere auf die Arbeit bezogen, die sich von der fremdbestimmten Tätigkeit im industriellen Betrieb und Büro unterscheiden soll); und authentisch (Selbstverwirklichung – das romantische Persönlichkeitsideal kehrt zurück, wobei die für die Entfaltung des Ich unentbehrliche Herausforderung durch das Du und das Es übersehen wird). Ironisch scherzen junge Menschen, an die Stelle der aggressiven Devise «Trau keinem über Dreissig» sei der bedächtige Ratschlag getreten «Trau keinem unter Fünfzig». Normalität bestimmt auch die sogenannte Jugendkultur.

Nichts hervorragend Hervorstechendes, das die allgemeine Aufmerksamkeit in Anspruch nehmen würde, auch im geistigen Leben. Die alten Namen beherrschen die Literatur, die Journalistik, die Künste, die Wissenschaften. Wo sind die deutschen Professoren, die als Ernte ihres Forscherlebens das bedeutende vielbändige Werk vorlegen, an dem Generationen nicht vorbeikommen? Wo sind die Mommsen und Eduard Meyer, die Wilamowitz-Moellendorf und Windelband, die Jellinek, Max Weber, Sombart, die Gundolf, Pinder, Heidegger, Jaspers? Fehlanzeige.

Der Wahlkampf spiegelt treu die gegenwärtige Lage und Stimmung. Um die Gunst der Bürger konkurrieren zwei konservative Parteigruppierungen: Die CDU-CSU-Opposition, die sich selbst als konservativ definiert, und die SPD/FDP-Koalition, die eine innerparteiliche progressistische Linksopposition (Juso, Judo) bisher durch Hinweis auf die Gefahr eines Sieges von Strauss bzw. durch die notwendige Rücksicht auf den Koalitionspartner zu Solidarität und

Gehorsam zu verpflichten wusste. Die scheinbar paradoxe Befürchtung der SPD, bei der Bundestagswahl die absolute Mehrheit zu erreichen, ist darin begründet. Die linken Jungtürken erhielten in solchem Fall eine starke Stellung gegenüber der konservativen Parteiführung.

Erstarrte Parteienlandschaft

Die FDP ist auf das Wahlbündnis von 1969 festgelegt; jeder Koalitionswechsel wird als «Umfallen» gebrandmarkt und von vornherein ausgeschlossen. Genschers behutsame Auflockerungsversuche mit FDP/CDU-Koalitionen in einzelnen Ländern und im Blick auf Kohls Öffnungs-offerte verfangen sich in der bundespolitischen Polarisierung, die nach der Wahl von Strauss zum Kanzlerkandidaten eine gewissermaßen theologische Qualität erhielt und dem Stil des Wahlkampfes seine Schärfe geben wird. Die Parteienlandschaft ist erstarrt. Neue Parteien liegen schon im Vorfeld der Fünf-Prozent-Klausel auf der Strecke: so Fredersdorfs Bürgerpartei, die nicht einmal poujadistisch-glistrupschen appeal erlangte; so die verschiedenen K-Gruppen (Marxisten-Leninisten, Maoisten usw.), die nur als lokale Grüppchen ein Kümmerdasein fristen; so die Grünen, die zu früh eine gewisse Hochkonjunktur erlangten, in zwei Länderparlamente einzogen, aber sich alsbald in ihre Ursprungsgruppen zerstritten. Zur Zeit der Abfassung dieses Berichtes – Anfang August – errechnet ein Meinungsbefragungsinstitut für all diese Listen zusammen gerade 3 Prozent der Stimmen.

Die – trotz der vielbesprochenen

Parteiverdrossenheit – fast totale Durchsetzung der etablierten Parteien steht im Zusammenhang mit der zunehmenden Personalisierung der Politik, die ihrerseits mehrere Ursachen hat: Das audiovisuelle Eindringen der politischen Stars in die Wohnstube; die nach den üblichen promotion- und marketing-Methoden erfolgende Wahlkampfwerbung; die Verlegenheit der Parteien, sich anhand echter, die Bürger zu Parteinarbeit und Aktion motivierender Differenzen zu profilieren. Die Auseinandersetzung der Parteien bleibt darum konfrontativ, artikuliert sich nicht argumentativ.

Helmut Schmidt, ein sozialdemokratischer Adenauer als Vaterfigur, welterfahrener und verlässiger Wirtschaftspolitiker und politischer Pragmatiker von internationaler Reputation, beherrscht die Szene. Elektrisierte und mobilisierte Willy Brandt vor 10 Jahren die Deutschen mit dem Prinzip Hoffnung, so gewährt Schmidt ihnen Ruhe und das Gefühl der Sicherheit: Der Kanzler wird's schon richtig machen; er vertritt das Prinzip Vernunft. Brandt war für seine Freunde ein Idol, zu Schmidt gibt es keine Alternative. Das gilt selbst für zahlreiche seiner politischen Gegner.

Strauss hat, bisher jedenfalls, nicht eingeschlagen, das ist das wenigste, was man sagen kann. Aber dass die Union mit Albrecht, Kohl oder Stoltenberg besser gefahren wäre, ist auch zweifelhaft. Die gegen Strauss weit gefächert inszenierte, gutenteils unfaire und peinliche Angstkampagne («Stoppt Strauss») ist insofern erfolgreich gewesen, als es ihren Initiatoren gelungen ist, die stiernackige Gestalt des bayerischen Ministerpräsidenten mit den Bürden seiner Vergangenheit

(Spiegelkrise) zur Deckung zu bringen und dadurch die Glaubwürdigkeit des Kanzlerkandidaten zu zersetzen. Wie die berühmten Generäle, die in ihren Planspielen die Schlachten von gestern vorbereiten, wird in Strauss das Schreckbild von vor zwanzig Jahren attackiert. Dabei scheint sich bislang die anfängliche Mutmassung seiner Rivalen in der Union zu bewahrheiten, er sei eher ein Schaf im Wolfspelz als der sprichwörtliche Wolf im Schafspelz. Seine wenig konsequente und hauptsächlich von der gegnerischen Propaganda abhängige Selbstpräsentation hat nicht wenig dazu beigetragen, dass die Unionsparteien mit so wenig Selbstvertrauen in den Wahlkampf gehen.

Macht im Schatten

Unter dieser Oberfläche, die sich dem unvoreingenommenen Beobachter bietet und die er je nach Geschmack als endliche Rückkehr zur Normalität rühmen oder als nationale Stagnation beklagen mag, vollzieht sich ein Wandel, der sich einer objektiven Wertung noch entzieht, weil sich die Deutschen dieser Veränderung – nämlich des Erwerbs internationaler Macht – selbst noch kaum bewusst geworden sind. Geschweige denn wissen, auf welches Fernziel sie sich damit richten wollen. Die Bundesrepublik, ein Teilstaat mit der formell behaupteten Verpflichtung zu gewaltloser Irredenta, hat zunehmend an wirtschaftlicher, militärischer und politischer Stärke gewonnen. Die deutschen Diplomaten haben ihre vergangenheitsbedingte Schüchternheit aufgegeben, ihre Stimme hat in allen internationalen

Gremien zunehmend Gewicht bekommen; gegenüber den Verbündeten (die Aufhebung der Beschränkungen für die deutsche Marine durch die WEU ist ein Zeichen), insbesondere aber gegenüber der geschwächten amerikanischen Führungsmacht (Iran und Afghanistan werden dort als Fortsetzung – und nicht, wie das Weisse Haus glauben machen will, als Ende – der Vietnamniederlage erlebt); gegenüber der Sowjetunion und den osteuropäischen Staaten wie gegenüber den Ländern der Dritten Welt. Dieser kontinuierliche Aufstieg aus den Nachkriegstrümmern, der nicht zuletzt drei überdurchschnittlichen Kanzlergestalten – Adenauer, Brandt, Schmidt – zu danken ist und sich in ihnen widerspiegelt, drückt sich zugleich in den offiziellen Selbstdefinitionen der Bundesrepublik aus. Zur Zeit der Grossen Koalition (1966–69) nannten Aussenminister Brandt und Verteidigungsminister Strauss gleichermassen die Bundesrepublik einen «wirtschaftlichen Riesen und politischen Zwerg». Bundeskanzler Brandt (1969–74) beschrieb sein Land in demonstrativer Bescheidenheit als «mittlere Macht». Schmidts Republik bezeichnet sich selbst als «europäische Macht mit weltweiten Interessen». Diese Interessen sind vorwiegend wirtschaftlicher Natur, müssen aber politisch wahrgenommen werden. Wirtschaftlich (Industrieproduktion, Export, Auslandsinvestitionen, dynamische Forschung und Entwicklung) ist die Stärke der Bundesrepublik begründet; sie übersetzt sich zwangsläufig in politisches Einflusspotential.

Die Deutschen haben sich nach dieser Machtstellung nicht gedrängt. Drei Jahrzehnte lang hielten sie sich be-

wusst, insofern den Japanern vergleichbar, im Schatten, versteckten sich hinter dem breiten Rücken der Verbündeten, wenn es unangenehme Entscheidungen zu treffen galt, stahlen sich womöglich aus der Verantwortung. Diese Epoche ist seit Afghanistan endgültig vorüber. Bonn greift aus eigenem Antrieb aktiv in die Weltpolitik ein. Der Verlauf der diesjährigen Zuspitzung des Ost–West-Konflikts – von Schmidt zeitweise «Weltkrise» genannt, in jüngster Zeit hat er diesen alarmistischen Begriff wieder fallengelassen –, ist massgeblich von der Bundesrepublik mitbestimmt worden. Oberflächlich betrachtet hat Helmut Schmidt dem US-Präsidenten das Konzept (Politik der Stärke, Isolierung der Sowjetunion) verdorben. Tatsächlich hat er die Vereinigten Staaten davor bewahrt, sich in eine aussenpolitische Sackgasse zu manövrieren und noch mehr an Glaubwürdigkeit einzubüssen, als unter Carter ohnehin geschehen ist.

Détente und Bündnis

Der gefühlsgesteuerte US-Präsident hat den sowjetischen Einmarsch in Afghanistan, den er als menschlichen Verrat an seiner, wie er glaubte, vertrauensvollen Zusammenarbeit mit Generalsekretär Breschnew empfunden hat, als die schwerste Gefährdung des Weltfriedens seit 1945 bezeichnet, ein fragwürdiger Superlativ, wenn man an Chruschtschows Drohung denkt, Atombomben auf London und Paris zu werfen (Suezkrise 1956); an die Kuba-Raketenkrise (1962), als die Welt am Abgrund stand und den Atem anhielt; an den Yom-Kippur-

Krieg (1973), als Breschnew Fallschirmjäger nach dem Nil in Marsch zu setzen drohte und Nixon unverzüglich die amerikanischen Streitkräfte weltweit in Alarmbereitschaft versetzte. Aber nicht auf die Berechtigung des Superlativs kommt es an, sondern auf die Art der Reaktion gegenüber dieser Herausforderung. Politiker sind nicht Professoren der Geschichte.

Washington entwarf ein Szenario, demgemäss die Sowjetunion erkennen sollte, dass sie für völkerrechtswidrige Aktionen wie die Afghanistan-Intervention einen für sie unannehmbar hohen Preis zahlen muss. Sie soll durch wirtschaftliche Sanktionen, politische Isolierung und moralische Missbilligung (Olympiaboykott) zum Rückzug der Truppen gezwungen werden. Vom ersten Augenblick entbrannte massiver allianzinterner Streit über die angemessene Reaktion. Der Bundeskanzler verurteilte die sowjetische Militärintervention genau so kompromisslos wie Carter und verlangte, zusammen mit den Verbündeten und den näher betroffenen islamischen Staaten, den Rückzug der Roten Armee. Die Differenzen bezogen sich auf die Methoden. Carter wollte Klima und Fortführung des Ost-West-Verhältnisses als Ganzes in Frage stellen, die Détente stoppen, auf Konfrontation schalten, Moskau «strafen». Die Europäer unter Führung Schmidts und Giscard, die die Diplomatie des Präsidenten als emotional, sprunghaft, professionell unzulänglich und kontraproduktiv missbilligten, wollten nach klassischer Diplomatenregel einzelne Probleme einzeln lösen. Sie forderten darum die Fortsetzung der Entspannungsbemühungen, auch wenn sie

regional oder sachlich begrenzt wären (auf Europa bzw. Rüstungskontrolle) und eine Verhandlungslösung der Afghanistan-Krise.

Den USA wurde vorgeworfen, in einer Phase politischer, militärischer und ökonomischer Schwäche eine Politik der Stärke treiben zu wollen. Carter habe mit leeren Drohungen reagiert – ähnlich wie in der Kuba-Krise vom vorigen Herbst, als Gromyko dem Präsidenten mit Verachtung entgegnete, er habe eine Krise herbeigeredet, die Washington denn auch bald abblasen musste. Die USA seien nicht mehr, wie noch de Gaulle Ende der sechziger Jahre sagen konnte, die einzige Weltmacht. Sie müssten sich darauf einstellen lernen. Die schärfste öffentliche Formulierung wählte Schmidt in einem «Spiegel»-Gespräch: «Der Versuch, eine Weltmacht zu isolieren, kommt mir reichlich abenteuerlich vor. Da hat jemand die Verhältnisse auf dem Globus nicht richtig studiert.» Die ungnädige Zurechtweisung des Reporters galt, der Sache nach, dem US-Präsidenten. Europäer vermögen aus ihrem an Machiavelli und Hobbes, Metternich und Bismarck geschulten Politikverständnis heraus den amerikanischen Vorstellungen nicht zu folgen. Bei diesem Gegensatz aber handelt es sich nicht um einen Zielkonflikt, sondern um eine unterschiedliche Begründung der gleichen Forderung. Den Amerikanern geht es hinsichtlich Afghanistans in erster Linie um Wiederherstellung des Rechts und die Bestrafung des Rechtsbrechers; die Europäer streben die Wiedergewinnung des Gleichgewichts, d. h. die Sicherung des Friedens, die Minderung der Kriegsgefahr an, die sie ganz

anders empfinden als die selbstbewussten Amerikaner, die noch nie einen Krieg im eigenen Land kennengelernt haben. Das europäische Denken, das der Politik eines Schmidt oder Giscard zugrundeliegt, ist nicht prinzipiell und legalistisch wie das der Amerikaner, sondern pragmatisch und politisch.

Der Bundeskanzler orchestrierte darum die europäischen Verbündeten zu einer, wenn man so will, inneratlantischen Fronde und fand stillschweigend Zustimmung bei den osteuropäischen Staatsmännern, wozu auch Brzezinski beifällig nickte. Vielfältige Reisediplomatie mit Gipfeltreffen (Giscard-Gierek, Giscard-Ceaucescu; Schmidt-Honecker, Schmidt-Giereck) unterstrichen diese, wie ein Schmidt-Mitarbeiter sagte, «gleichartige Betroffenheit der Europäer von Paris bis Warschau». Dass Schmidt der Protagonist dieser Politik war, verdeutlichte am eklatantesten Giscard's Warschauer Alleingang, von dem anfangs gesagt wurde, der französische Präsident und Kanzlerfreund hätte Schmidt die Schau gestohlen. Schmidt konnte sich Gelassenheit leisten, weil seine Reise nach Moskau den Unterschied zwischen Prestige und Politik, französischem Show-Business und deutsch-sowjetischem business-talk deutlich machte und zugleich Bonns Manövrierraum gegenüber Washington ausweitete.

Solidarität und Mitsprache

Nicht Giscard, sondern Schmidt hat von den Sowjets die Bereitschaft zu Verhandlungen ohne Vorbedingung über Mittelstreckenraketen erlangt;

Moskau hat immer mit der stärksten europäischen Macht privilegierte Beziehungen angestrebt, um die Verbündeten von den USA zu trennen – erst das Grossbritannien Macmillans, dann das Frankreich de Gaulles, schliesslich die Bundesrepublik von Brandt und Schmidt. Und nicht Giscard, sondern Schmidt hat die Amerikaner behutsam, aber sicher dahin gelenkt, dass sie auf die vorerst vage sowjetische Offerte – trotz der unverändert intransigenten Afghanistan-Haltung – eingehen, sie jedenfalls nicht von vornherein abweisen; dass sie von ihrer Theorie der unteilbaren Entspannung, den globalen Lösungen und den inkonditionellen *préalables* ablassen und einzelne Probleme einzeln anpacken, von den eurostrategischen Waffen bis zur KSZE. Noch nie hat eine deutsche Regierung mit soviel Nachdruck und soviel Erfolg ihre Politik in der Allianz durchgesetzt; sie hat damit ihre neue Stärke unter Beweis gestellt.

Entscheidend dafür war, dass Schmidts Bündnistreue nie angezweifelt werden konnte und dass alle diesbezüglichen Vorwürfe – Fellowtravelertum, Eurozentrismus, Euroneutralismus, Dritte-Kraft-Politik – auch in den USA und trotz gelegentlicher Verärgerung in sich selbst zusammensanken. In Washington weiss man, dass Bonn legitime eigene Interessen wahrzunehmen hat und schon geographisch unter eigenen Imperativen steht: Berlin-Verkehr, DDR-Reisen, Osthandel. Die Bundesrepublik weiss aber auch, dass sie zum amerikanischen Schutz keine Alternative besitzt. Darum sind trotz aller Kritik an Carter und einer gewissen schäbigen Schadenfreude über Rückschläge –

Vergleich Mogadischu und die missglückte Geiselnbefreiungsaktion – keine artikulierten anti-amerikanischen Emotionen zu verzeichnen: kein «Ridgeway assassin» (wie im Frankreich der ersten NATO-Jahre), kein «ami go home» und «Hohoho Chi minh» wie zur Zeit des Vietnamkrieges. Vielmehr ergaben jüngste Meinungsbefragungen (Infas, Juli 1980): 74 % – 1974: 70 % – vertrauen völlig dem amerikanischen Schutz. Die Bundesregierung ihrerseits hat Bündnissolidarität auf mannigfache Weise praktiziert und demonstriert: durch ihre Nachrüstungsinitiative, durch Zustimmung zu den Wirtschaftssanktionen, durch Erhöhung des Verteidigungsetats, durch die Türkeihilfe, durch die für unzweckmässig gehaltene, aber um der Solidarität wegen geübte Olympia-Askese.

Ergebnis dieser Überlegungen: Bonn will aufgrund der neugewonnenen Stärke seinen und den europäischen Einfluss in der Allianz stärker zur Geltung bringen, auch bei der Definierung ihrer Gesamtpolitik; will das interne Gleichgewicht verändert sehen; will sich aus der bisher unbestrittenen Prädominanz des (nicht mehr als solchen empfundenen) «Grossen Bruders» lösen. Die zeitliche Koinzidenz dieses Emanzipationsverlangens mit der Kritik an Carters Afghanistan-Politik führte zu dem Missverständnis, als steuere die Bundesrepublik andere Fernziele an: Selbstfinnlandisierung. Derlei steht nicht zur Debatte und wird angesichts der bestehenden Machtverhältnisse vorerst auch nicht zur Debatte gestellt werden.

Aber das Thema rechtzeitiger In-

formation und angemessener Konsultation, das die NATO seit Jahrzehnten begleitet, wird Vorrang erhalten. Man erinnert sich, dass 1974 die 25-Jahr-Feier ausfallen musste, weil im vorausgegangenen Jahr des «transatlantischen Missvergnügens» keine Einigung über Kissingers Atlantik-Charta erreicht werden konnte. Noch schwieriger könnte sich bei weiterer Stärkung der Bundesrepublik die Abstimmung in der EG gestalten, da Brüssel keine Führungsmacht ertragen kann, auch kein Führungsduett oder -terzett.

Die Deutschen der Bundesrepublik sind sich der neuen Stellung ihres Landes noch nicht recht bewusst geworden; sie ziehen jedenfalls keine nationalen Konsequenzen daraus. Erhards «wir sind wieder wer» war eher eine rückwärtsgewandte Feststellung, dass Krieg und Kriegsfolgezeit zu einem gewissen Abschluss gekommen waren, als dass damit neue Ausgriffe erfolgen sollten. Auch heute ist keine staatliche Ambition und nationale Dynamik wahrzunehmen. Aber zweifellos wird der Tag kommen, da die Deutschen einen gerechten Anteil an Mitwirkung und Einfluss fordern werden. Es kommt darauf an, dass Stärkepotential und Machtausübung nicht allzu sehr auseinanderklaffen. Dann würden Energiestau, Frustrationen und Explosionen die Folge sein. Sie können nur vermieden werden, wenn die Abstimmungsmechanismen in den Allianzen die Stärkeverhältnisse unter den Mitgliedsländern einigermaßen angemessen widerspiegeln.

Peter Coulmas